

Kirche und Politik in Brasilien heute

Francisco Whitaker Ferreira

1359

Die großen Probleme, mit denen Brasilien heute in der Politik zu kämpfen hat, sind ethischer Natur: die soziale Ungleichheit zum einen und die Verhaltensmuster der politisch Verantwortlichen zum anderen. Während erstere strukturell bedingt ist, liegen letztere im Bereich des Persönlichen. Doch beide bedingen sich gegenseitig. Die wirtschaftliche Struktur, die die Ungleichheit mit sich bringt, resultiert aus einer individualistischen Politikultur, die die Einzelnen zum Streben nach persönlicher Macht und Reichtum reizt; folglich haben Privilegierte, einschließlich der politischen Verantwortungsträger, an strukturellen Veränderungen kein Interesse.

In der Tat ist die soziale Ungleichheit heute in Brasilien ein großes Ärgernis. Sie geht Hand in Hand mit der Konzentration der Einkommen, mit denen das Land in der Weltliste ganz oben rangiert, wie auch mit dem Abstand zwischen denen, die am meisten, und denen, die am wenigsten verdienen.

Das „inbegriffene Drittel“ – wie der Konsumentenmarkt in Brasilien inzwischen üblicherweise genannt wird – erreicht die Ausmaße der Bevölkerung großer europäischer Länder. Es ist potent genug, um die Wirtschaft – trotz aller Krisen – in Schwung zu halten. Wegen der Konzentration der Einkommen verfügt ein bedeutender Teil dieser Konsumenten über große Kaufkraft und lockt mithin Unternehmen aus reichen Ländern, die ihre Märkte ausweiten wollen, hierher. Der Druck, der dahingehend gemacht wird, wir sollten unsere Handelsgrenzen öffnen, ist ein klarer Beweis dafür.

Die Reste, die von den Tischen der Reichen fallen, reichen, um viele Bedürfnisse eines weiteren Drittels der Brasilianer zu befriedigen. Diese sind ständig darauf aus, in die unteren Schichten des „inbegriffenen Drittels“ aufzusteigen. Dagegen befindet sich das letzte Drittel nach wie vor im Segment derer, die das Etikett „Ausgeschlossene“ tragen. Mehr als die Hälfte davon überlebt gerade mal mit hungerndem Magen und in bitterem Elend. Dieser zahlenmäßig gewichtige Ausschnitt der Bevölkerung, der sich mehr und mehr in den Städten konzentriert, dort aber keine ausreichende Arbeit findet, kann seine elementaren Nahrungsbedürfnisse nicht mehr aus der eigenen Produktion befriedigen. Ein gewaltiger Verstärkerprozess hat während der letzten vierzig Jahre dazu geführt, dass in den ländlichen Räumen Brasiliens nur noch weniger als 20 Prozent der Bevölkerung, in einigen Bundesstaaten sogar weniger als 10 Prozent der Brasilianer leben.

In diesem Rahmen zielt das ganze produktive und kommerzielle System des Landes, einschließlich der Investitionen der Regierung in die „soziale“ Infra-

struktur - darauf ab, die Bedürfnisse des „inbegriffenen Drittels“ zu befriedigen. In der Werbung ist ausschließlich von den Wünschen und Bedürfnissen dieses Drittels die Rede, oder es werden in der Perspektive eines ungezügelter Konsumismus überflüssige Bedürfnisse in ihm geweckt. Auch auf kommunaler Ebene rangiert die Befriedigung der Bedürfnisse des privilegierten Bevölkerungsausschnittes in der Prioritätenliste ganz oben.

Allerdings datiert die Unfähigkeit, mehr Menschen in den Konsumentenmarkt hineinzuholen, nicht erst von heute. Im Grunde wurde sie in die juristische Ausstattung des Landes bereits im 19. Jahrhundert eingeführt, und zwar mit dem Landgesetz aus dem Jahre 1850. Das Gesetz legte fest, der Erwerb von Grund und Boden, über den Brasilien damals ja in Hülle und Fülle verfügte, laufe fortan nur noch auf der Schiene von Erbschaft oder Kauf. Dadurch aber sollte sowohl schwarzen Sklaven, die nach und nach, definitiv aber erst mehr als dreißig Jahre später freigelassen wurden, wie auch und gerade einwandernden Arbeitern aus Europa, die man ja zunehmend als Ersatz für die schwarze Arbeitskraft kommen ließ, der Erwerb von Grund und Boden verwehrt werden.

In Verbindung mit dem Faktum, dass es keine Obergrenze für Eigentum an Grund und Boden gab - wohingegen zur gleichen Zeit in den Vereinigten Staaten ein gesetzliches Maximum an Landbesitz galt -, teilte das besagte Gesetz die Brasilianer in zwei Klassen ein: auf der einen Seite die Großgrundbesitzer, eine Minderheit, deren Nachfahren heute zu einem gut Teil das „inbegriffene Drittel“ bilden, und auf der anderen Seite alle die, die dazu verdammt waren, auch weiterhin schlicht und einfach ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Erst wesentlich später hatten auch die ausländischen Einwanderer, aber praktisch nie die Nachkommen der schwarzen Sklaven, allmählich Nutzen von den „Kolonisierungs“-programmen der brasilianischen Regierung im Süden des Landes, oder sie verfügten zunehmend über ausreichende Finanzmittel, um sich Grund und Boden zu „kaufen“. Aber erst im Zuge des Industrialisierungsprozesses und der Ankunft neuer großer Einwandererschübe aus Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete sich langsam das Drittel der „Inbegriffenen“, das aber auch schon damals um wirtschaftliche Aktivitäten in den Städten kreiste.

Umgekehrt hat es Brasilien im Laufe seiner ganzen Geschichte nicht vermocht, auf Distanz zum Kapitalismus zu gehen, der ja seiner Anlage nach partout

Der Autor

Francisco Whitaker Ferreira, seit seiner Jugend aktiver Christ und geprägt vom Denken eines Luis-Joseph Lebre, war in den fünfziger Jahren Mitglied der Katholischen Aktion. Als solcher wies ihn die Militärdiktatur zunächst aus Brasilien und dann auch aus Chile aus. Von Europa aus wirkte er in internationalen Dritte-Welt-Bewegungen. Nach Brasilien zurückgekehrt, engagierte er sich in Initiativen zur Sozialpastoral der Kirche, begleitete die kirchlichen Basisgemeinden und wurde Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von São Paulo. Doch er gab die Politik wieder auf, um mehr Zeit zu haben für seine Tätigkeit als Mitglied der „Kommission Iustitia et Pax“ der CNBB. Francisco Whitaker Ferreira ist einer der Väter des Weltsozialforums und sitzt - als Mitglied der „Kommission Iustitia et Pax“ der CNBB - mit in dessen Koordinierungskomitee. Anschrift: Rua Artur de Azevedo, 1690, apto 401, 05404-004 São Paulo/SP, Brasilien. E-Mail: intercom@cidadanet.org.br.

ausgrenzen will. Jede Kritik am System wie auch jeder Versuch, das damit korrespondierende Entwicklungsmodell zu ändern, stießen in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts auf die Blockade seitens der Militärdiktatur, auch wenn der Druck aus der Gesellschaft mit dem Ziel von Veränderungen immer größer wurde. Aber auch als uns endlich wieder Wahlen die Regierenden bescherten, kamen wir kaum voran. Im Gegenteil: Denn auch die, die in die Fußstapfen der Militärs traten, entschieden sich klipp und klar für einen Kapitalismus unter den Fittichen von Interessenten außerhalb des Landes. Eindeutig übernahmen sie Modelle von Wirtschaftspolitik, in denen – im Rahmen des gegenwärtigen neoliberalen Globalisierungsprozesses – das große internationale Kapital das Sagen hat. Dabei ist es ja gerade dieser Prozess, der das Bild sozialer Ungleichheit und wachsender Konzentration der Gewinne weltweit nur noch schriller macht. Eine Politik des schlanken Staates, der Privatisierung auch substantieller Dienstleistungen und der politischen Vorfahrt für Geldwertstabilität verdrängt nach und nach die Rechte der „Bürger“ durch die Rechte der „Konsumenten“, insofern fortan nur noch Kaufkraft zählt. Neue Formen der „Ausgrenzung“ zeichnen sich ab. Kreise der Gesellschaft, die sich bisher in Sicherheit wogen, fangen an, sich von dieser Entwicklung getroffen und beunruhigt zu fühlen.

Das Dramatische an dem Ganzen ist, dass soziale Ungleichheit und Konzentration der Rendite, die das Bild ja in Richtung Entmutigung einfärben, als eine ganz „natürliche“ Sache angesehen und von Reichen wie von Armen hingenommen werden. Von Empörung keine Spur, als ob Ethik nichts damit zu tun hätte. Die Reichen tragen ihren Reichtum vor sich her, wohnen in Palästen und chauffieren importierte Luxuswagen durch die Straßen; und die Armen begnügen sich damit, ihre Rolle in Produktionskette und Kommerzablauf zu spielen, wobei, was den Kommerz betrifft, in den Mittel- und Großstädten Tausende, wenn nicht Millionen „fliegende Händler“ obendrein bestimmten Verbandsregeln unterliegen. Den Elenden in diesem Szenario bleibt dann nichts anderes übrig, als – wo die Polizei es gestattet – die beiden anderen Drittel zu „belästigen“ ... mit der Folge, dass, wer in großen Städten einen Wagen besitzt, diesen mit Klimaanlage ausstattet, um dadurch entschuldigt zu sein, für einen Bettler gar ein Fenster öffnen zu müssen.

Zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts verbreitet sich zunehmend ein Klima von Unsicherheit und Gewalt. Organisiertes Verbrechen und Drogenhandel gerieren sich immer aufdringlicher und kontrollieren in den Armenvierteln der Großstädte inzwischen ganze Gebiete, in die der Staat keinen Fuß mehr zu setzen im Stande ist. Die Reichen gewinnen den Eindruck, sich nur noch in gepanzertem Fahrzeug bewegen zu können. Die entsprechende Wirtschaftsbranche blüht und gedeiht mittlerweile in Brasilien. Entführungen, vor denen inzwischen sogar die Mittelschicht Angst hat und bei denen zur Freigabe der Geiseln große wie kleine Geldbeträge gefordert werden, finden immer häufiger statt und werden allmählich schon zur Banalität. In den Massenmedien ist bereits die Rede von „laufenden Entführungen“ und von „abgeschlossenen Entführungen“.

Doch wirkliche Empörung wird nur laut, wenn die „Banditen“ wirklich grausam vorgehen oder wenn jemand mit dem entsprechenden Nachdruck verhindern will, dass die „Menschenrechte“ eventueller Gefangener missachtet werden. In einem Polizei- und Justizsystem, das tief in der Krise steckt - wegen der himmelschreienden Verhältnisse in den Vollzugsanstalten haben wir praktisch täglich Gefängnisrevolten -, können Folter und sogar Massaker an Gefangenen passieren, ohne dass die Gesellschaft groß darauf reagiert. Der Anstieg der Gewalt von Kriminellen lässt viele nach der Einführung der Todesstrafe in Brasilien rufen.

Diese „Banalisierung“ der sozialen Ungerechtigkeit wie auch und gerade des Verbrechens entspricht dem zweiten ethischen Problem, das wir heute in unserem Land haben, dem der persönlichen Verhaltensweisen. Die vorherrschende individualistische, konsumistische Kultur, die für Manifestation von Empörung kaum noch Raum lässt, reizt die Privilegierten nur noch weiter in ihrem Streben nach Gewinn. Die Mehrzahl der politischen Verantwortungsträger, die ja auch zu den Privilegierten gehören, betrachtet ihre Aktivitäten nur als Mittel zur persönlichen Bereicherung. Strukturelle Veränderungen liegen außerhalb ihres Augenmerks. Denn ihr vermeintliches Vorrecht hängt am Fortbestand der geltenden ökonomischen Regeln.

Damit aber wird der Korruption Tür und Tor geöffnet. Darüber hinaus kann sich jeder Korrupte dadurch bestärkt fühlen, dass die, die zur Zeit des Militärregimes gegen Unzufriedene mit Repression vorgingen, heute straflos bleiben. Doch Korruption ruiniert nicht nur die Glaubwürdigkeit der „Politiker“, sondern wird auch als „Beispiel von oben“ angesehen und untergräbt infolgedessen sämtliche Sitten der Gesellschaft. Manche sagen, Korruption sei bereits zur Epidemie und Ethik in der Politik und im Umgang mit öffentlichen Belangen zur Ausnahme geworden. Allerdings soll nicht übersehen werden, dass sich viele dem auch widersetzen und manche gesellschaftlichen Kräfte es nicht an Bemühungen und Initiativen fehlen lassen, so dass trotz allem da und dort auch Anzeichen für Veränderung sichtbar werden.

Was bringt nun dieses ganze Szenarium für die Kirche in Brasilien an Herausforderungen auf dem Gebiet der Politik mit sich? Die größte Herausforderung ist ohne jeden Zweifel die, dass das, was im Land passiert, sich mit der Botschaft des Evangeliums von Frieden, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und sozialer Gleichheit absolut nicht vereinbaren lässt. Was hat die Kirche getan oder auch nicht getan, um zu verhindern, dass es zu dieser Lage der Dinge überhaupt kommen konnte? Und: Was müsste sie tun angesichts des enormen Nachholbedarfs, soll denn ihre Botschaft die gebührende Verbreitung finden?

Vielleicht hätte man auch gar keinen entscheidenderen Beitrag in diesem Sinn von ihr erwarten sollen. Das Engagement der Kirche für Veränderungen in der Politik ist, gemessen an der Geschichte Brasiliens, ein vergleichsweise junges Kind. Es ist, geht man von der Institution und vom Wirken der Kirche und nicht einfach dieses oder jenes einzelnen Bischofs oder Priesters aus, gerade mal fünfzig Jahre alt. Erst ab Mitte des 20. Jahrhunderts gingen die Bischöfe der Kirche gemeinsam aus diesem Verständnis heraus allmählich ans Werk.

Die Fastenaktion der Nationalen Brasilianischen Bischofskonferenz CNBB „Kampagne der Brüderlichkeit“, die zum ersten Mal 1964 stattfand, zielte in den ersten Jahren zwar noch darauf ab, die Kirche des Landes auf den Rhythmus des Zweiten Vatikanischen Konzils einzustimmen, das ja auch erst die Weltkirche wieder ihren Platz gegenüber der Gesellschaft finden lassen sollte. Doch dann sprach die Kampagne zunehmend gesellschaftspolitische Themen an. Allerdings sind auch das gerade mal dreißig Jahre. Die Fastenaktion des Jahres 2000 – die übrigens zum ersten Mal nicht mehr allein von der CNBB gestaltet wurde, sondern ökumenisch vom Nationalrat Christlicher Kirchen CONIC, in dem die CNBB Mitglied ist – sollte den ganzen bis dahin zurückgelegten Weg zusammenfassen und stand deshalb unter dem Thema „Menschenwürde und Frieden“.

Seit nunmehr fünfzig Jahren ist also die Kirche sozial engagiert. Schon vor dem Militärputsch 1964 mischte sie in den Kämpfen für „Basisreformen“ mit und setzte sich für die zu der Zeit immer vernehmlicher geforderten Strukturreformen ein. Während des Militärregimes von 1964 bis 1985 spielte sie dann, auch wenn einige Gruppen aus ihren eigenen Reihen den Putsch unterstützten, im Kampf für die Redemokratisierung des Landes eine wichtige Rolle. So prangerte sie sowohl die Folter als auch das „Gesetz der Nationalen Sicherheit“ an und schützte zahlreiche Oppositionelle vor der Repression der Militärs. Dies war aber auch die Zeit, in der die kirchlichen Basisgemeinden anfangen zu sprießen. Und gerade die Basisgemeinden taten sich zunehmend im Kampf der örtlichen Gemeinwesen für menschenwürdigere Lebensbedingungen hervor.

Mit dem Ende des Militärregimes beteiligte sich die Kirche des Weiteren an den Initiativen, die überall in der Gesellschaft mit dem Ziel ergriffen wurden, das Volk an der Erarbeitung der neuen brasilianischen Verfassung mitwirken zu lassen. Auch schloss sie sich Kampagnen an wie etwa der „Bürgeraktion gegen Hunger und Elend“, die aus der Gesellschaft heraus entstanden war und bei der nicht nur viele christliche Laien, sondern auch Bischöfe mitmachten. Auf den großen Bischofsversammlungen, auf den verschiedensten bischöflichen Entscheidungsebenen ebenso wie mittels der vielfältigen Organe im Zusammenhang mit den Initiativen zur Sozialpastoral bezieht die Kirche immer wieder kritisch Position gegenüber der Politik der Regierung. Vor allem im Blick auf die Bodenreform macht sie mit speziellen Aktionen Druck. Mehr oder weniger intensiv kritisiert sie dabei auch das Entwicklungsmodell, so wie es von den Regierenden in diesem Land vertreten wird. Man denke nur an das Problem der internen und externen Verschuldung Brasiliens. Wen wundert es da, dass die Kirche infolgedessen mitunter als politische Opposition angesehen wird?

Eine besondere Sorge der Kirche gilt der Art und Weise, wie die politischen Führer gewählt werden. Aus diesem Grund griff die Kirche 1998 direkt in die Wahlgesetzgebung ein. Sie mobilisierte Männer und Frauen der Zivilgesellschaft zu einer „Popularen Gesetzesinitiative gegen die Korruption bei Wahlen“. Dazu muss man wissen, dass Inhaber der politischen Macht in diesem Land nicht selten das Elend der Menschen nutzen, um mit Hilfe von Bestechung im Besitz der Macht zu bleiben. Nach Annahme der Gesetzesvorlage setzte sich die Kirche

dafür ein, dass das neue Gesetz bei der Wahl im Jahre 2000 auch tatsächlich angewandt wurde und bei der Vorbereitung anstehender Wahltermine befolgt wird. Ein weiteres vergleichbares Vorhaben zur Gesetzgebung ist in Gang. Diesmal geht es darum, mit hundertfünfzig Jahren Verspätung eine Obergrenze für den Besitz an Grund und Boden festzusetzen.

In jüngster Zeit beteiligt sich die Brasilianische Bischofskonferenz CNBB auch deutlich sichtbar an neueren Initiativen für eine „andere Welt“, wie dem Weltsozialforum, an dessen Durchführung sie auch mit einem seiner Organe beteiligt ist. Sodann macht sie auch bei verschiedenen Projekten im Zusammenhang mit den Massenmedien mit, die ja für die Bildung von Grundeinstellungen höchst wichtig sind.

Zugegeben: Nicht einmal im relativ einfachen Bereich der Wahlen ist es der Kirche gelungen, die Menschen zu bewegen, sich mehrheitlich für Politiker zu entscheiden, die wirklich an der Schaffung eines gerechteren Landes interessiert sind. Um wie viel länger wird sie da wohl noch brauchen, um im Gesamt der Gesellschaft der Banalisierung Schloss und Riegel vorzuschieben - der Banalisierung von Ungleichheit und Misere, von Korruption und fehlender Ethik im politischen Verhalten, von Unterwerfung öffentlicher Politikmuster unter ausländische Interessen und von Verdrängung der Bürgerrechte durch Kaufkraft und, und ...? Offenbar hat die Kirche noch nicht den Weg gefunden, der Prophetie, die sie ja auch besitzt, dazu zu verhelfen, dass sie Gerechtigkeit effektiv zum Zuge kommen lässt.

Ohne uns der Illusion hinzugeben, wir bräuchten unbedingt „kirchliche“ Parteien, erlauben wir uns die Frage: Sähen die Dinge anders aus, hätten wir in der Politik eine größere Zahl engagierter „Christen“ mit dem Mandat der Wahl oder auch ohne es? Wäre dies der Weg, bestünde eine der größten Aufgaben für die katholische Kirche in Brasilien auf politischem Gebiet heute darin, dafür zu sorgen, dass möglichst viele „Laien“, die bereit sind, sich im persönlichen Verhalten wie im Bemühen um Veränderung der Gesellschaft radikal auf die Forderungen des christlichen Glaubens einzulassen, zu effizienten „Protagonisten“ des Wirkens der Kirche in der Politik werden. Im Unterschied zu den Bischöfen und zum Klerus erleben ja die Laien die täglichen Nöte und Ängste der einfachen Bürger und Bürgerinnen, und sie sind es, die sich in den politischen Kampf, von innen heraus, einmischen können und einmischen müssen. Wie aber kann man Männer und Frauen motivieren, in möglichst großer Zahl ihre Rolle als Christen wirksam zu übernehmen? So unterschiedlich der Weg des Einzelnen dabei auch sein mag, letztlich müssen die unterschiedlichen Wege dann doch in die eine Richtung laufen. Und wie kann man dann diese Männer und Frauen mit Autorität und Stimme als Kirche ausstatten, wenn in dieser Gesellschaft Jahrhunderte lang die Kirche nur dann als Kirche wahrgenommen wurde, wenn, wer da spricht, einer ihrer Bischöfe oder Priester ist?

Für einen „Laien“ ist es keine Kleinigkeit, sich der im Land vorherrschenden Atmosphäre zu entziehen und sich persönlich wie als Kirche auf die Radikalität des christlichen Umgestaltungsauftrags einzulassen. Aber vielleicht ist das im-

mer noch leichter als das, was von den Bischöfen und vom Klerus gefordert ist: zu akzeptieren, dass „Laien“, die in der Welt kämpfen, auch als Kirche uneingeschränkte Anerkennung finden, damit sie in Mitverantwortung und in Gemeinschaft mit den übrigen Mitgliedern der Kirche voll ihrer Rolle nachkommen und von daher auch so auftreten können, dass niemand in der Gesellschaft mehr daran Zweifel hat, dass auch sie tatsächlich „Protagonisten“ des Engagements der Kirche sind.

Aus dem Portugiesischen übersetzt von Horst Goldstein

Offener Brief an die brasilianische Seele

Pedro Casaldáliga

Im Jahr 1967 hielt die Kongregation der Claretiner, der ich angehöre, ein Generalkapitel ab, da sie ihre Konstitutionen und ihre Lebensweise dem Zweiten Vatikanischen Konzil anpassen musste und wollte. Bei dieser Gelegenheit fasste ich endgültig den Entschluss, den „Sprung“ über den Ozean zu machen und „in die Mission zu gehen“, wie man sich damals auszudrücken pflegte. Davon hatte ich seit meiner Kindheit geträumt. Man bot mir zwei Möglichkeiten an: das Hochland von Bolivien oder das brasilianische Amazonasgebiet. Ich war für beides offen. Ich muss aber zugeben, dass Bolivien auf mich eine gewisse revolutionäre Anziehungskraft ausübte, da zu dieser Zeit gerade Che Guevara, von den Volksmassen verehrt, gestorben war. Angesichts dieser Alternative hat mir der deutschstämmige Generalobere der Kongregation, Peter Schweiger, geholfen, mich für dich, Brasilien, zu entscheiden. „Pedro“, sagte er mir, „Brasilien ist sowohl in gesellschaftlicher wie auch in kirchlicher Hinsicht eine große Herausforderung und hat eine große Zukunft vor sich.“

Am 26. Januar 1968, im Jahr der Jugendrevolte, im Jahr der willkürlichen Verfassungsänderung, durch die die brasilianische Militärdiktatur eine verschärfte Form annahm, im Jahr der befreienden II. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín, kam ich zu dir, Brasilien, zur Wärme deiner Erde und zur Wärme deines Volkes. Wir kennen uns also schon eine ganze Zeitlang, und deshalb kann ich auch freimütig zu dir sprechen: als Freund, sogar als Staatsbürger (wenn auch durch Einbürgerung), und schließlich als Kind dieser Schöpfung ...

Ich kenne dich gut genug, um mit dir über gemeinsame Sorgen und Hoffnungen sprechen zu können. Ich weiß, dass du es wert bist, dass du den Schmerz und die